



EU-Flotte beutet westafrikanische Küste aus



Jagd nach schwimmendem Gold: Afrika ist ein wichtiges Fischereirevier der EU

Vor Westafrika fischen EU-Trawler die Küsten leer, was einheimische Fischer arbeitslos macht und sie zu Flüchtlingen werden lässt. Die EU wehrt sich gegen den Vorwurf.

Da die europäischen Fischbestände vielerorts erschöpft sind, muss die EU-Flotte in fremden Gewässern die Netze auswerfen. Rund 40 Prozent ihrer Fänge stammen mittlerweile aus außereuropäischen Gewässern. Um sich die Fangrechte zu sichern, schließt die EU mit anderen Staaten Fischereiabkommen ab. Zu den Vertragspartnern gehören vor allem afrikanische Staaten.

Die EU verpflichtete sich in den Abkommen, die lokale Fischereiindustrie zu unterstützen, erklärt Amadeu Altafj, entwicklungspolitischer Sprecher der EU-Kommission. Die afrikanischen Staaten würden von den Verträgen eindeutig profitieren. Doch die Hinweise mehren sich, dass genau das Gegenteil der Fall ist, dass nämlich EU-Schiffe vor der Küste Westafrikas die Bestände leer fischen und so der Bevölkerung vor Ort die Lebensgrundlage entziehen.



In europäischen Gewässern finden EU-Trawler nicht genug Fisch

"Die EU fährt mit schwimmenden Fabriken vor und fängt die Küsten leer", kritisiert Karoline Schacht, Fischereiexpertin des WWF. "Es kommt schon zu Nahrungsengpässen, weil der Fisch fehlt", sagt Béatrice Gorez von der Coalition for Fair Fisheries Arrangements (CFFA). Vor allem spanische Trawler fischen in den westafrikanischen Gewässern, deren Bestände laut der Welternährungsorganisation FAO zu mehr als 70 Prozent ausgebeutet sind.



Prekäre Situation im Senegal

Beispiel Senegal: Die Fischer müssen mit ihren Booten immer weiter raus fahren, um etwas zu fangen. Die EU-Schiffe drängen gar in die Zwölf-Meilen-Zone ein, die alleine der nationalen Fischerei vorbehalten ist. Inzwischen befindet sich die Fischerei des Landes in der Krise. 15 Prozent aller Arbeitsplätze im Land und ein Drittel der Exporteinnahmen stehen auf dem Spiel. Eine Studie des UN-Umweltprogramms bestätigt: Die Einnahmen, die Senegal aus dem EU-Abkommen bekommen hat, wiegen die entstandenen Einkommensverluste und Schäden an den Fischressourcen keineswegs auf.

Nicht nur im Senegal geht den Fischern die Arbeit aus, weil die EU-Flotte vor der Küste kreuzt: Auch in Mauretanien haben viele aufgegeben, wie die spanische Organisation Oceana berichtet. In Guinea und Guinea-Bissau ist die Situation ähnlich.

Widerstand der afrikanischen Staaten

Die afrikanischen Staaten leisten zunehmend Widerstand: Senegal hat 2006 das Fischereiabkommen mit Brüssel nicht mehr verlängert. Vorausgegangen waren Proteste der Fischer. Marokko setzte das Abkommen vorübergehend aus. Und Namibia warf die EU-Schiffe aus seinen Gewässern, nachdem die Bestände drastisch gesunken waren. Umweltorganisationen fordern, Fischereiabkommen mit klaren ökologischen Kriterien auszuhandeln. Deshalb baut der WWF ein Beraternetzwerk auf, das Regierungen bei den Verhandlungen mit der EU unterstützen soll. "Viel zu oft lassen sich die afrikanischen Staaten von Brüssel über den Tisch ziehen. Sie erhalten zu wenig Geld für ihre Fischressourcen", sagt Karoline Schacht.

Kommissionssprecher Altafaj weist darauf hin, dass auch Staaten wie Russland oder Japan Abkommen mit afrikanischen Staaten schließen. "Diese sind nicht so streng wie unsere Verträge." Maschenweite, Schiffsgrößen, Fangzeiten – alles sei in den EU-Abkommen geregelt. "Ein Großteil unserer Gelder fließt vor Ort in den Aufbau einer nachhaltigen Fischerei", ergänzt Mireille Thom, Sprecherin des EU-Fischereikommissars Joe Borg. Diese Gelder würden die Fischer aber nur selten erreichen, sagt Béatrice Gorez. "Die Korruption ist in den Staaten zu weit verbreitet."



Fischer werden zu Schleppern



Die Fischereiflotte westafrikanischer Länder besteht aus vielen kleinen Booten

Weil die Fischer kaum noch Geld verdienen, vermieten viele ihre Boote an Schlepper, die Flüchtlinge etwa auf die Kanarischen Inseln bringen. Oder sie werden selbst zu Schleppern, weil sie dann am meisten verdienen: Nach Informationen von tagesschau.de fasst ein senegalesisches Fischerboot bis zu 50 Flüchtlinge, die bis zu 600 Euro für die Fahrt ins Ungewisse ausgeben. Zehn Fangtage auf See brächten aber nur 150 Euro ein.

"Fischer werden in Staaten wie Senegal, Mauretanien und Guinea selbst zu Flüchtlingen, weil sie ihre Arbeit verlieren", sagt Béatrice Gorez. Die WWF-Vertretung im Senegal registriert zunehmend Fälle solcher "Fischereiflüchtlinge". Das passt ins Bild: Laut Attac stammen 70 Prozent der 25.000 Flüchtlinge, die 2006 auf den Kanaren aufgegriffen wurden, aus dem Senegal.

Die EU-Kommission sieht keinen Zusammenhang zwischen Fangzügen und Flüchtlingen, wie Mireille Thom deutlich macht. Sie verweist auf die illegale Fischerei, die das größte Problem darstelle. "Wir geben den afrikanischen Staaten Geld, um die Kontrollen auszuweiten, doch das reicht nicht aus." Deshalb wolle die Kommission im Herbst neue Pläne für den Kampf gegen Piratenfischer veröffentlichen.

Torsten Schäfer

Quelle: Deutsche Welle

www.dw-online.de